

**PRESSEMITTEILUNG**

Nr. 245 vom 12.12.2011

**Viermal so viele KFZ-Diebstähle im grenznahen Raum**

**Ludwig: Jeder soll sich sicher fühlen - Platzeck-Regierung ignoriert Probleme in der grenznahen Region**

Im Osten Brandenburgs wächst der Unmut über die Ignoranz der linken Landesregierung: Heute werden viermal so viele Fahrzeuge in der Region gestohlen wie noch vor vier Jahren, erläuterte heute Saskia Ludwig in Frankfurt/Oder.

Bei ihrem Besuch in der Grenzstadt an der Oder sagte die brandenburgische CDU-Fraktionsvorsitzende:

„Hier werden seit einiger Zeit extrem viele Fahrzeuge geklaut. Die Betroffenen in der Region wissen nicht mehr, wie sie sich noch helfen sollen. Die linke Landesregierung schaut ohne eine Regung zu, wie das Leben in der grenznahen Region unsicherer wird und die Landespolizei mit Personalkürzungen zu kämpfen hat. Es ist an der Zeit, dass sich die Landesregierung des Problems annimmt - und die Menschen in der Nähe der Grenze nicht ignoriert.

Das Land Brandenburg muss endlich ehrlich mit dem Problem umgehen. Die Zahlen und Fakten müssen auf den Tisch gelegt und diskutiert werden. Das lange Wegducken der Landesregierung ist nicht mehr akzeptabel. Gerade in Hinblick auf den Personalabbau bei der Landespolizei muss sich Rot-Rot endlich mit der Situation beschäftigen. Die zunehmenden Diebstähle dürfen nicht nur verwaltet, sondern müssen aktiv präventiv begegnet werden“, so die Fraktionsvorsitzende.

Der Innenexperte der CDU-Fraktion, Björn Lakenmacher, weist zudem darauf hin, dass allem Anschein nach, die Diebstähle auf geplante und gelenkte Diebesbanden zurückgehen. "Die explodierenden Zahlen sind keine Einzelercheinung ringsum die Oder. Bei den hiesigen Aufkommen brauchen wir dringend mehr kriminalpolizeiliche Aufklärung. Umso kritischer muss der von Rot-Rot geplante Abbau bei der Landespolizei um 1.900 Stellen bewertet werden. Die Polizei muss Zeit und Ressourcen haben, um ihre ureigene Aufgabe der Ermittlung von Straftaten nachgehen zu können."

Die CDU-Fraktionsvorsitzende fordert: „Stopp mit dem radikalen Personalabbau. Wir fordern verschärfte Kontrollen an Schwerpunkten. Delikte dürfen wegen Personalmangel nicht nur verwaltet werden. Die Polizei muss Zeit und Ressourcen haben, um den Bürgern zu helfen. Dass sich jeder sicher fühlt, gehört zu unserem Brandenburg.“